

Deutsche Schulen
erzeugen ostkundliche
Analphabeten

Ein höchst rudimentäres Bild

Jörg-Dieter Gauger

In den deutsch-polnischen Beziehungen spielen die gemeinsame Geschichte, ihre öffentliche Wahrnehmung und der politische Umgang mit ihr eine zentrale Rolle. Die bis heute weiterwirkenden und immer wieder artikulierten Diskrepanzen über die angemessene Form des öffentlichen Gedenkens an Flucht und Vertreibung sind dafür nur ein Beleg. Denn dabei geht es nicht allein um die Jahre zwischen 1939 und 1945/46 und die seit einigen Jahren hierzulande wiederbelebte Erinnerung an die mit dem Kriegsende verbundenen Folgen. Es geht um Geschichtsbilder, die bis in die mittelalterliche Ostsiedlung und schon deren Bewertung zurückreichen und die bis in die Gegenwart die Einschätzung des anderen und die Beurteilung der beiderseitigen Beziehungen prägen. Bei ihrer Vermittlung kommt der Schule eine besondere Rolle zu: Ihr entkommt keiner, sie kann jenseits von Familienerzählung und immer nur punktueller medialer Darstellung systematisch arbeiten, sie ist über staatliche Lehrpläne Seismograf dafür, welche Themen und welche Behandlung offiziell erwünscht sind. Was lernen also junge Deutsche heute über das Nachbarland Polen, seine Geschichte und die beiderseitigen Beziehungen? Was erfahren sie aber auch über die eigene Vergangenheit, über achthundert Jahre deutscher Geschichte jenseits der Oder?

Ostkundliche Analphabeten

Deutsche Schuldebatten sind fast durchgängig Strukturdebatten; Inhalte kom-

men nur in den öffentlichen Blick, wenn Defizite Betroffenheit auslösen und Reparaturen gefordert werden – so jüngst bei den dürftigen DDR-Kenntnissen unserer Absolventen. Aber auch dann geht es häufig eher um mediale Präsenz denn um echte Änderungsbereitschaft. Wobei Letztere auch hier angebracht wäre. Denn eine Analyse der Lehrpläne und der etwa 45 Schulbücher seit den Neunzigerjahren lässt ein klares Bild entstehen. Das erste grundsätzliche Problem spiegelt die inhaltliche Diversität des deutschen Bildungsföderalismus: Es hängt schlicht vom jeweiligen Bundesland ab, in dem man zur Schule geht, und welche Schulart und Schulstufe, welche Kursform in der Oberstufe man besucht, ob man etwas erfährt, was man erfährt und was man nicht erfährt. Besonders benachteiligt sind Schüler, die nur Schulen der Sekundarstufe I besuchen, insbesondere die Hauptschule. Aber selbst wenn man alle Lehrpläne, soweit sie das Thema verpflichtend und nicht nur fakultativ vorsehen, es als Beispiel, als Vorschlag, als Facharbeit oder Ähnliches nennen, und die jeweils einschlägigen Schulbücher zusammennehmen würde, entstünde nur ein höchst rudimentäres Bild. Daraus folgt: Erwartet werden können weder halbwegs einheitliche Kenntnisse noch halbwegs einheitliche Bilder der „deutschen“ Geschichte im Osten, noch gar ein halbwegs einheitlicher Eindruck von der deutsch-polnischen Geschichte, geschweige denn Grundwissen über Polen selbst. Hier rächt sich offensichtlich, dass

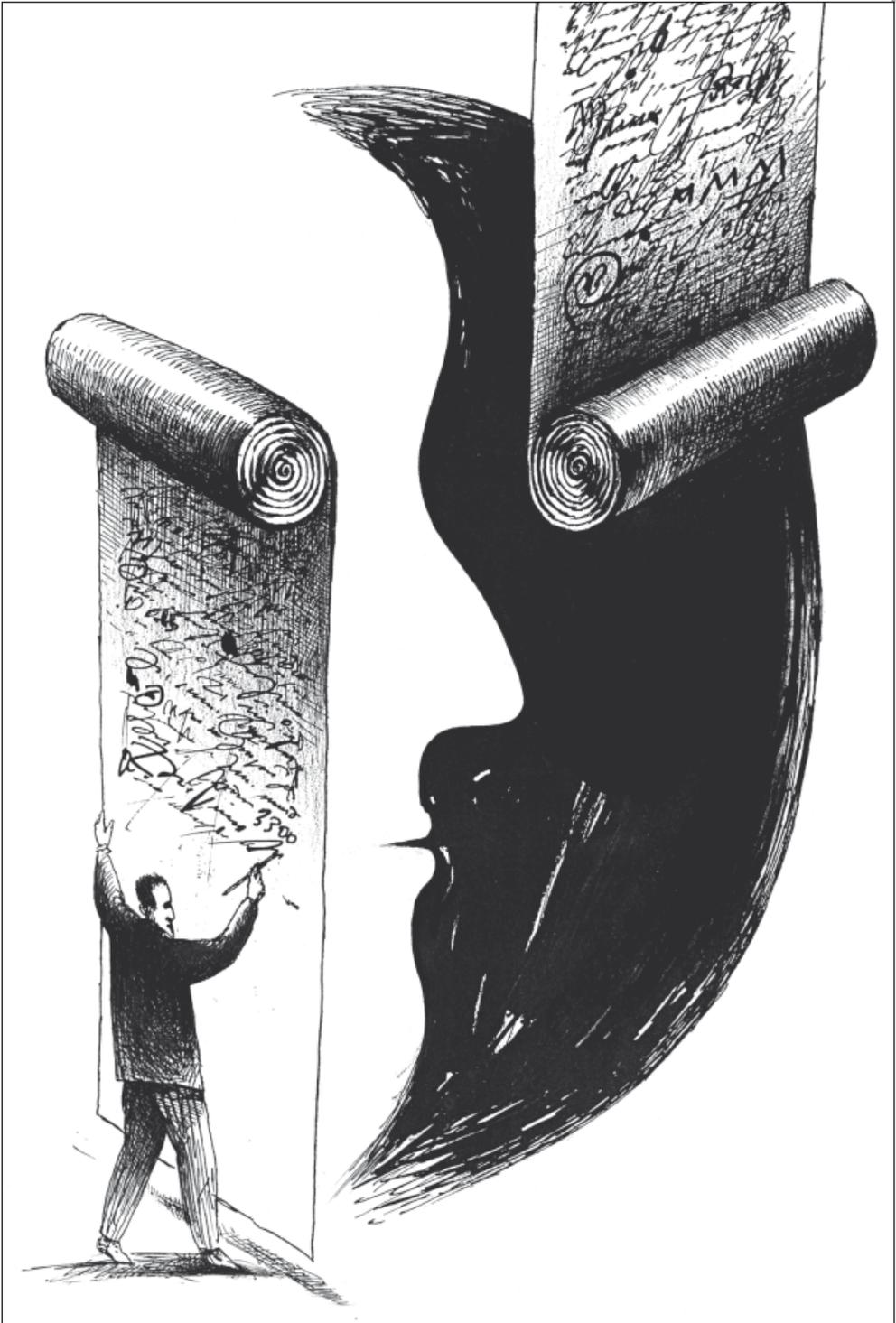
es nach 1978 keinen Beschluss der Kultusministerkonferenz mehr zu einer Behandlung Deutschlands im Unterricht gibt, die sowohl die historischen Ostgebiete wie auch die damit verschränkte Geschichte unserer Nachbarn angemessen einbeziehen müsste.

Eine zweite dominante Tendenz besteht in der Eliminierung ganzer Epochen aus den Lehrplänen, einer Entwicklung, die sich nach den derzeit vorliegenden Erfahrungen mit inhaltlich gefüllten „Bildungsstandards“ und durch „Entrümpelung“ im Gefolge von G8 noch weiter verstärken wird. Dafür ist die Behandlung der Ostsiedlung, also das früheste Zusammentreffen beider Völker und damit die Grundlage für die Folgejahrhunderte, das erste prägnante Beispiel; hier geht der aktuelle Trend in der Lehrplanentwicklung immer eindeutiger dahin, sie aus dem chronologischen Durchgang in der Sekundarstufe I herauszunehmen. Man hat auf der deutschen Seite offensichtlich kein Interesse (mehr) an diesem Thema. Auch der „Deutsche Orden“ ist nur noch in wenigen Ländern eigens genanntes Element dieses Komplexes, „Tannenberg“ als zentrales Symboldatum ist aus den Lehrplänen fast völlig verschwunden, wobei ein Vergleich der 1990er-Jahre mit der aktuellen Lage ein weiteres Ausdünnen erkennen lässt.

Auffallende Leerstellen lassen sich auch für die Jahrhunderte nach der Ostsiedlung feststellen: Die Periode nach Tannenberg (1410) bis zu den polnischen Teilungen nach 1772 – das betrifft auch den polnischen Beitrag zum Abwehrkampf vor Wien 1683 gegen die Türken – ist für unsere Fragestellung nur als Totalausfall zu bewerten. Die polnischen Teilungen sind nur in wenigen Lehrplänen vorgesehen; das Schicksal Polens unter Napoleon (im Wiener Kongress) ist nur einmal erwähnt, aber auch die Polenbegeisterung in Deutschland nach 1830 (Hambacher Fest) ist kein Thema. Totalausfall ist auch

für die Periode nach 1848 zu konstatieren: Die Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit Posens, die polnische Einwanderung ins Ruhrgebiet, die Bismarck'sche Polenpolitik sind ganz seltene Ausnahmestoffe fast ausschließlich der gymnasialen Oberstufe. Dass Polen als eigener Staat erst 1918 wiederbegründet wurde, dieser Inhalt ist für die Schüler nur in wenigen Ländern vorgesehen; Begriffe wie Oberschlesien, Danzig, Korridor, Posen, Westpreußen sind verschwunden. Die harten deutsch-polnischen Dissonanzen während der Weimarer Republik werden also ebenso wenig angesprochen wie die nach 1933 zunächst (bis 1938) guten Beziehungen zum Dritten Reich. Der deutsche Angriff 1939 auf Polen wird als Beginn des Zweiten Weltkrieges naturgemäß durchgängig vorgegeben, die Hinweise auf das Besatzungsregime sind aber eher dünn, zumal hier auch Verbrechen in anderen Ländern, insbesondere in Russland, als Beispiel gelten, der polnische Widerstand ist fast kein Thema. Hingegen sind Flucht und Vertreibung wieder durchgängig vorgeschriebene Unterrichtsgegenstände (diese Formel etwa durch „Zwangsumsiedlung“ oder Ähnliches zu ersetzen hat sich bislang nicht durchgesetzt). Die „Sowjetisierung“ Polens und der Aufstand 1956 spielen hierzulande fast keine Rolle; das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen nach 1945 zentriert sich auf die Ostverträge unter der Kanzlerschaft Willy Brandts und indirekt auf die 2+4-Verträge, Letztere allerdings ohne weiteren Kommentar. Würde man auf dieser Grundlage einen deutschen Durchschnittslehrplan konstruieren und das damit zu verbindende Wissen beschreiben, würde man zu folgenden konkreten Vorgaben kommen, die sich allesamt auf die Sekundarstufe I vor allem des Gymnasiums beziehen: Ostsiedlung (gegebenenfalls fakultativ); Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Angriff auf Polen, Besatzungs-

„heute und morgen“, Zygmunt Januszewski



regime in Polen (und/oder in anderen Ländern), Flucht und Vertreibung (alle Schulformen), Ostverträge (alle Schulformen), 2+4-Verträge (alle Schulformen). Für die gymnasiale Oberstufe ist ein vergleichbarer Plan nicht zu entwerfen, weil es nur in drei Ländern eine entsprechende Anregung gibt. Dass die damit bestenfalls zu erreichenden Kenntnisse als höchst dürftig zu bezeichnen sind, erschließt sich unmittelbar.

Auch bei den Schulbüchern sind entsprechende Leerstellen zu konstatieren, obwohl sie naturgemäß mehr bieten als die Lehrpläne. Aber aufs Ganze gesehen, folgen sie deren Trend: Ostsiedlung und Deutscher Orden sind noch überwiegend berücksichtigt, allerdings nur ganz selten mit weiterführenden Hinweisen auf die folgende Entwicklung (Preußen und so fort), die Jahrhunderte bis zu den polnischen Teilungen sind entfallen, das neunzehnte Jahrhundert mit den Stichworten Hambach, Posen, Immigration in das Ruhrgebiet, Bismarck ist nur sehr sporadisch vertreten, Polen nach 1918, die deutsch-polnischen Konflikte werden höchstens kurz angedeutet, nur der Beginn des Zweiten Weltkriegs ist durchgängiges Thema. Die Darstellung der deutschen Besatzungspolitik in Polen wird vom Holocaust überschattet, der im Zentrum deutscher Verbrechen steht, vor dem alle anderen eher „zweitrangig“ erscheinen. Zu wenig wird deutlich, dass Polen eine deutsche Helotin werden sollte, noch schlimmer wäre es gekommen, wäre der „Generalplan Ost“ Realität geworden. Ebenfalls unterbelichtet ist der polnische Widerstand (Getto-Aufstand; Warschauer Aufstand). Durchgängig sind wiederum Flucht und Vertreibung, die Ostverträge und schließlich im Kontext der deutschen Einheit die 2+4-Verträge, auch hier ohne jeden Kommentar. Der Entwicklung in Polen nach 1980 bis 1995 widmet sich kurz nur ein Schulbuch, eine Beziehung zwischen Solidarność, Johannes Paul II. und

der deutschen Vereinigung nach 1989 wird höchstens indirekt hergestellt. Das würde in etwa dem oben konstruierten Grundlehrplan entsprechen.

Schon vom Umfang der Themen her, die überhaupt angesprochen werden, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass üblicherweise nur punktuell erwähnt wird, statt zumindest ein resümierendes Übersichtskapitel vorzusehen, ist abzuleiten, dass in der Kombination Lehrpläne und Schulbücher sowohl für wichtige Abschnitte der deutschen Geschichte – achthundert Jahre deutscher Existenz im Osten und deren historische Rolle in der deutschen Geschichte sind schlicht gestrichen –, für zentrale Ereignisse der genuin polnischen Geschichte wie auch für das Verhältnis Deutsche und Polen nur höchst geringe Wissensbestände bestehen: Deutsche Schulabgänger sind ostkundliche Analphabeten.

Falsche Bilder

Man darf freilich nicht nur vom Umfang und vom Zufall des überhaupt Gebotenen ausgehen. Nicht minder wichtig sind die Tendenzen der Darstellung, soweit vorhanden, die fragwürdig werden, wenn sich falsche Bilder einstellen beziehungsweise festsetzen, sodass neben Nichtwissen Fehlwissen tritt. Manche Schulbücher, soweit sie nicht völlig ausfallen, machen an der Elbe halt oder berichten gar von „Siedlungsräumen“, in denen sich bis 1945 auch Deutsche aufgehalten haben, Quellenzitate werden tendenziös verkürzt (Samogiten!), Polen und Balten werden vermengt. Am Kampf des Deutschen Ordens gegen die (baltischen) Pruzzen, die nach den Vorstellungen des Mittelalters ganz selbstverständlich „christianisiert“ wurden, sich später assimilierten und keineswegs „ausgerottet“ wurden, nahmen polnische Ritter teil. Und es wäre sicher an der Zeit, sich in diesem Kontext endlich von jener Vorstellung zu lösen, die den deutsch-polnischen „Urknall“ schon im

dreizehnten/vierzehnten Jahrhundert verorten will. Diese auf eine „national“ orientierte, ethnisch vereinheitlichte „Staatsnation“ fixierte Geschichtskonstruktion, die seit dem neunzehnten Jahrhundert auch dem Mittelalter unterlegt wird, wird den gentil und dynastisch geprägten Verhältnissen dieser Epoche nicht gerecht: Der bis heute hier unterstellte ethnische und staatsnationale Gegensatz: „deutsch“/„Deutschland“ versus „polnisch“/„Polen“ ist schlichtweg unhistorisch.

Wandlung deutscher Schulpolitik

Dabei hatte sich die westdeutsche Bildungspolitik seit den 1970er-Jahren längst von Vorstellungen verabschiedet, die noch in den 1960er-Jahren unter dem Eindruck von Kaltem Krieg, ideologischer Frontstellung und Festhalten an den Rechtspositionen (Zugehörigkeit der Ostprovinzen bis zu einem Friedensvertrag) propagiert wurden: von Debatten um die Priorität slawischer oder deutscher Besiedlung oder um die deutsche Kulturträgerrolle im Mittelalter gegenüber polnischer „Unkultur“, die dann wiederum die weitere nicht nur juristische, sondern auch ideelle Zugehörigkeit der Ostgebiete nach 1945 legitimieren sollte. Die damals noch deutlich unterstrichene „Kulturdifferenz“ oder gar das „Kulturgefälle“ gegenüber „den“ Polen mit Rückgriff bis auf die Vorvölker- oder Völkerwanderungszeit ersetzt nach 1970 bis heute eine „Kultursymbiose“ (Berlin 1995), also eine Völker- und Kulturmélange beiderseitigen Gebens und Nehmens. In den Blick kommen jetzt Polen und dessen historische Entwicklung, berücksichtigt wird nun auch der Standpunkt des anderen durch Aufnahme kontroverser Quellen und eine multiperspektivische Betrachtungsweise. Auch der „Gegenwartsbezug“ „Migration“ oder jetzt „Minderheiten“ lässt eine relativierende Tendenz erkennen: Solche Themen dienen vor allem dazu, positive Vorstellungen zugunsten von Arbeits-

migration und damit verbundener Vorteile für die aufnehmende Wirtschaft zu wecken. Ergänzt werden sie durch negative Vorstellungen, was den falschen, weil Parallelgesellschaft und Gettobil- dung fördernden Gegendruck erzeugenden Umgang mit Minderheiten angeht; ein Bundesland spricht sogar gender-korrekt von (polnischen) „Mitbürgerinnen und Mitbürgern“, die im neunzehnten Jahrhundert einwanderten. „Wanderungen“ oder „Bevölkerungsbewegungen“ wiederum sind weltgeschichtliche Realität seit der sogenannten „dorischen Wanderung“, daher auch die 1945 ausgelöste. Allerdings ist 1945 sicher kein brauchbarer Beleg dafür, dass Deutschland sich als „Einwanderungsland“ zu verstehen habe. Für diese Sicht gibt es sicher andere und bessere Gründe.

Der Wandel des offiziellen Geschichtsbildes hin zu Miteinander und Nachbarschaft hat auch Auswirkungen auf die deutsche Sicht von 1945/46, auf „Flucht und Vertreibung“. Das war und ist zwar bis heute in allen Lehrplänen Standardthema, verschwunden aber ist die Frage nach „Recht“ oder „Unrecht“. Vielmehr ist ein eher unterkühlter, entemotionalisierter Umgang mit dem Thema zu beobachten, zumal die Vertriebenen und ihre Verbände nur eine höchst marginale Rolle spielen: „Flucht und Vertreibung“ sind „Kriegsfolge“, 1945 ist die Konsequenz von 1939, der Verlust der Ostprovinzen, der schon 1945 als historisch abgeschlossen, 1970 als de facto geregelt, 1990 auch als völkerrechtlich anerkannt erscheint, ist nur folgerichtige Notwendigkeit, die man moralisch akzeptieren kann: Der bis heute durchgängig abgebildete Kniefall Willy Brandts 1970 in Warschau besiegelt diese Folge durch öffentliche Anerkennung deutscher Schuld.

Die deutsche Bildungspolitik hat sich hier aus allen kontroversen Bezügen verabschiedet. Daher stimmt nicht, was Matthias Kamann in der *WELT* vom 19. Au-

gust 2006 befürchtete: „So verhärten sich die Fronten. Polen und Deutschland stehen in der Geschichtspolitik dort, wo Frankreich und Deutschland in den Fünfzigerjahren standen.“ Die Interpretation dieser Vergangenheit scheint sich in vielen Elementen und insbesondere an den Bruchstellen vielmehr eher polnischen Geschichtsbildern anzunähern.

Opfer und Täter?

Die Tendenz der freilich nur wenigen ausführlicheren Darstellungen geht dahin, eine Opfer- und Leidensgeschichte zu erzählen, in der Deutschland als „Täter“ auftritt: Die polnische Nation, so deren Tenor, war im Laufe ihrer Geschichte immer wieder nur Unterdrückung und Leid ausgesetzt, permanenter Verursacher war schon von Anfang an „Deutschland“: Mit der Ostsiedlung und vor allem dem Auftreten des Deutschen Ordens beginnt diese Leidensperiode, sie setzt sich unter Preußen (= Deutschland) fort, durch Friedrich II., dessen Vorgehen durchweg moralisch verurteilt wird, durch die „Annexion“ Posens und die dortigen Konflikte, im Ruhrgebiet, unter Bismarck, in der Weimarer Republik, kulminierend natürlich unter Hitler. Aber, und das ist die positive Botschaft: Die polnische Nation hat ihre „nationale“ Identität trotz aller (deutschen) Anfechtungen durchgehalten. Diese Sichtweise hat freilich auch Konsequenzen: Vier Jahrhunderte problemlosen Zusammenlebens bleiben ungewürdigt, es wird nicht mehr deutlich, dass bis Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Beziehungen zwischen „Deutschland“ (dem Reich/Preußen) und Polen völlig „normal“ gewesen sind, dass von Konflikten nennenswerten Ausmaßes keine Rede sein kann. Daher werden die „kleinen“ sozioökonomisch oder „katholisch“ induzierten Konfliktfelder bei der polnischen Immigration in das Ruhrgebiet zu ethnischen Grundsatzkonflikten, obwohl sie höchstens lokale, vor allem indivi-

duelle Bedeutung hatten. Zugleich verschleiert die Übertragung der „Täterrolle“ auf lange zurückliegende Geschichte, dass die „großen“ Konfliktfelder schon im Mittelalter, dann seit den preußischen Teilungen „Machtkonflikte“ um Territorien waren, das hat mit „ethnisch“ gar nichts, mit „national“ erst seit dem neunzehnten Jahrhundert zu tun.

Was sicher deutlich verbessert werden muss, ist das Überblickswissen über die deutsch-polnische Geschichte. Dazu sind auch Grunddaten zu vermitteln, die die jeweils andere Geschichte dort in den Blick kommen lassen, wo sie europäische Dimensionen gewinnt oder wo es um die Verschränkung beider Geschichten geht. Hier ist eine historisch korrekte Interpretation der ersten Berührung beider Völker notwendig, mit einer Würdigung auch des positiven Miteinanders wie auch der Bruchstellen der jüngsten Vergangenheit.

Das Anliegen, Wissen übereinander zu vermitteln, wird am ehesten gefördert durch eine verpflichtende zusammenfassende Sequenz („Deutschland und seine östlichen Nachbarn“; „Deutsche und Polen“ oder Ähnliches) neben dem chronologischen, dann aber notgedrungen nur sporadischen Bezug, der keine Übersicht vermittelt. Natürlich muss sich der Geschichtsunterricht an deutschen Schulen primär den Deutschen und der deutschen Geschichte zuwenden, dies aber heute dem europäischen Rahmen angemessen: Die Geschichte der Völker Europas war zu keiner Zeit eine jeweils isolierte, sondern vollzog sich in permanenter Verflechtung, im Miteinander ebenso wie im heute überwundenen Gegeneinander. Vielleicht ist heute die Idee besser platziert als vor 1989, die für Frankreich und Deutschland jetzt fruchtbar zu werden scheint, nämlich sich endlich zu einem gemeinsamen Geschichtsbuch durchzuringen, bei dem man freilich aushalten muss, wenn unterschiedliche Perspektiven und Wertungen nebeneinander stehen bleiben.